



Berlin, den 20.04.2021

„Bedroht zu werden, gehört NICHT zum Mandat“:

Opferberatungsstellen und Mobile Beratungsteams veröffentlichen „Ratgeber zum Umgang mit rechten Angriffen und Bedrohungen für Kommunalpolitiker*innen und Kommunalverwaltungen“

Morddrohungen per E-Mail, Facebook und Twitter oder als Graffiti an der Hauswand, rassistische und antisemitische Bedrohungen, zerschnittene Autoreifen: Viele kommunalpolitisch Engagierte und Mitarbeiter*innen in Verwaltungen erleben in der Pandemie eine Zuspitzung von rechten Angriffen und Drohungen.

Doch ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten die Anfeindungen oftmals erst, wenn sich die Angegriffenen – wie zuletzt der Grünen-Politiker Tareq Alaows – aus ihren Positionen oder Ämtern zurückziehen. Oder wenn Mitarbeiter*innen von Verwaltungen bei anhaltenden Drohungen beispielsweise aus der Reichsbürger-Szene oder von Coronaleugner*innen unter Polizeischutz arbeiten müssen.

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) und der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) haben jetzt einen aktuellen 45-seitigen Ratgeber für kommunalpolitisch Engagierte veröffentlicht. Die Veröffentlichung richtet sich mit praktischen Handlungsmöglichkeiten sowohl an direkt Betroffene sowie deren Familie und Freund*innen als auch an Vorgesetzte und Verantwortungsträger*innen in Kommunen und demokratischen Parteien. „Mit dem Ratgeber wollen wir allen, die ehrenamtlich oder hauptamtlich in der Kommunalpolitik aktiv sind oder in Verwaltungen arbeiten, einen praktischen Wegweiser an die Hand geben“, betonen Bianca Klose (BMB e.V.) und Robert Kusche (VBRG e.V.). „Denn nur, wenn die Betroffenen nicht alleine gelassen werden und effektive Unterstützung erfahren, erhält Kommunalpolitik als wichtiges Feld zivilgesellschaftlichen Engagements und demokratischen Zusammenhalts den notwendigen Schutz.“

Der Ratgeber steht auf den Websites des BMB und VBRG zum Download zur Verfügung.

Wir würden uns freuen, wenn Sie in der Berichterstattung auf die Download-Links und die Möglichkeit, Printausgaben kostenlos zu bestellen, verweisen könnten. Bestellungen ab dem 1. Mai per E-Mail: kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Pressekontakt:

BMB: Jennifer Pross / pross@bundesverband-mobile-beratung.de

VBRG: Robert Kusche / robert.kusche@raa-sachsen.de

Im BMB sind 50 Mobile Beratungsteams aus allen 16 Bundesländern vernetzt, die Einzelpersonen und Organisationen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus beraten. Die im VBRG zusammengeschlossenen unabhängigen Opferberatungsstellen aus 13 Bundesländern unterstützen jährlich hunderte Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Überlebende von Rechtsterrorismus. Die Beratungsteams beider Verbände unterstützen seit zwei Jahrzehnten auch bedrohte und angegriffene Kommunalpolitiker*innen und beraten Kommunen zum Umgang mit rechten Bedrohungen.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration